

30/1995

Reform der Sozialhilfe:

„Wirksam helfen – gerecht gestalten!“

Die Sozialhilfe ist neben der Versorgung und der Versicherung die dritte Säule unseres sozialen Sicherungssystems. Sie hilft Menschen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden und diese nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Eine Reform des Sozialhilferechts ist dringend erforderlich.

Sozialhilfe darf sich nicht darauf beschränken, finanzielle Leistungen an Bedürftige auszuzahlen. Vielmehr müssen die Bemühungen zur Vermeidung und zur Überwindung von Sozialhilfeabhängigkeit verstärkt werden. Sozialhilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe.

Eckpunkte der Reform:

Förderung der Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern

- durch Einarbeitungs- und Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber bis zu zwei Jahre
 - durch befristete Zuschüsse an Sozialhilfeempfänger
 - durch Zuschuß von 25 DM pro Tag an Sozialhilfeempfänger für Saisonarbeiten
 - durch Kürzung der Sozialhilfe bei Verweigerung der Hilfe zur Arbeit
 - durch bessere Koordination zwischen Sozialämtern und Arbeitsämtern.
- (Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

• Jahressteuergesetz

Wir haben Wort gehalten: Familien und Steuerzahler werden ab 1996 entlastet. Seite 3

• Bremerhaven

Der Wahlerfolg ist ein wichtiger Etappensieg. Seite 4

• Berlin

Helmut Kohl: Wer Rot-Grün will, verspielt die Zukunft der Stadt. Seite 7

• 3. Oktober

Rainer Eppelmann: Ein Tag der Freude und der Mahnung. Seite 8

Angela Merkel: Erfolgreiche Umweltbilanz fünf Jahre nach der Deutschen Einheit. Seite 10

• Argumente

Christoph Bergner: Wir sollten es mit dem Frauen-Quorum versuchen. Seite 16

• Abgeordnetenbezüge

Rita Süßmuth im Deutschen Bundestag: Wir verschleiern nicht, sondern legen nachvollziehbar offen. Seite 22

(Fortsetzung von Seite 1)

Wenn jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt nur 220 Sozialhilfeempfängern ein Arbeitsangebot macht, erhalten 100.000 Menschen zusätzlich eine Arbeit.

Weniger Bürokratie führt zur Entlastung der Sozialämter

- Wenn die Sozialämter keine Vorschüsse für vorrangige Sozialleistungsträger – wie die Renten- oder Arbeitslosenversicherung – mehr leisten müssen, sinkt die Zahl der Sozialhilfeempfänger um rund 400.000.
- Einmalige Leistungen, wie Kleidung und Hausrat (derzeit 20 Prozent der Leistungen), sollen durch Pauschalleistungen ersetzt werden. Statt zeitraubende Berechnungen anzustellen, sollen die Sozialämter besser über den Weg aus der Sozialhilfe beraten.

Gleiches Niveau der Sozialhilfe in ganz Deutschland

Die Mehrbedarfszuschläge für Erwerbsunfähige, über 65jährige und Blinde sollen auf das Niveau der alten Bundesländer angehoben werden.

Spürbare Entlastung der Kommunen

Die Regelsätze werden bis 1998 nur in dem Umfang angehoben, wie die Nettolöhne der Arbeitnehmer steigen. Dadurch werden die Kommunen um 1,05 Mrd. Mark entlastet. Bis 1999 soll ein neues System zur Festsetzung der Regelsätze entwickelt werden.

Die Pflegesätze in Einrichtungen sind seit 1990 jährlich um mehr als 11 Prozent gestiegen, obwohl die Zahl der Empfänger im wesentlichen gleichgeblieben ist. Deshalb soll ab 1999 ein neues Pflegesatzsystem eingeführt werden. Die Kommunen werden dann um 1,25 Mrd. Mark entlastet.

Obdachlosigkeit vermeiden

Obdachlosigkeit ist für die Kommunen siebenmal teurer als vorbeugende Hilfe zum Erhalt der Wohnung. Daher sollen die Amtsgerichte den Sozialhilfeträgern Räumungsklagen melden, damit notfalls, bevor Obdachlosigkeit droht, rückständige Mieten übernommen werden können.

Wer wie die SPD und Verbände behauptet, mit der Reform der Sozialhilfe würde sozialpolitischer Kahlschlag betrieben, sagt die Unwahrheit. Die CDU steht für einen gerechten Umbau des Sozialstaates. Dies haben wir durch die Einführung der Pflegeversicherung, die Freistellung des Existenzminimums, den neuen Familienleistungsausgleich und das 3-Milliarden-Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit bewiesen.

„Aufgabe der Sozialhilfe

ist es, dem Empfänger

der Hilfe die Führung

eines Lebens zu ermöglichen,

das der Würde des

Menschen entspricht.“

(CDU-Grundsatzprogramm)

Dokumentation: Der Haushalt 1996 ist ein Sparhaushalt par excellence. Aus der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag vom 5. – 8. September 1995. Grüner Teil

Wir haben Wort gehalten:

Familien und Steuerzahler werden ab 1996 entlastet

Das Jahressteuergesetz 1996 ist nun von Bundestag und Bundesrat endgültig verabschiedet. Nun ist der Weg frei. Familien und Steuerzahler werden ab dem 1. Januar 1996 wirksam entlastet:

● Die Steuerfreistellung entlastet die Steuerpflichtigen um rund 15,5 Milliarden DM.

Das Existenzminimum wird 1996 in Höhe von 12.095 DM steuerlich freigestellt. 1997 und 1998 wird das steuerfreie Existenzminimum auf 12.365 DM angehoben. 1999 wird es nochmals auf dann 13.067 DM erhöht. Verheiratete erhalten den doppelten Betrag. Die Neuregelung kommt vor allem den Beziehern unterer und mittlerer Einkommen zugute.

● Die Neugestaltung des Familienleistungsausgleichs bringt den Familien rund 7,2 Milliarden DM zusätzlich.

Das Kindergeld für das erste und zweite Kind wird 1996 jeweils 200 DM betragen und auf 220 DM ab 1997 ansteigen. Das Kindergeld für das dritte Kind beträgt

schon im nächsten Jahr 300 DM und für jedes weitere Kind 350 DM. Parallel dazu wird der steuerliche Kinderfreibetrag von derzeit rund 4.100 DM auf rund 6.300 DM 1996 und ab 1997 auf rund 6.900 DM erhöht. Statt des Kindergelds kann bei der Einkommensteuerveranlagung ein Kinderfreibetrag in Anspruch genommen werden.

● Die Steuervereinfachung kommt voran.

Ab 1997 haben die Steuerzahler die Möglichkeit, eine Kurzveranlagung mit erheblich vereinfachten und verkürzten Erklärungsdruckungen abzugeben. Außerdem wird eine Rechtsgrundlage zur Einführung eines Wahlrechts, Steuererklärung für zwei Jahre gemeinsam abgeben zu können, geschaffen.

● Die Investitionsförderung in den neuen Bundesländern wird verlängert.

Der erfolgreich begonnene wirtschaftliche Wandel wird weiterhin konsequent gefördert. Allein 1998 kommen den neuen Bundesländern rund 11 Milliarden DM zugute.

Die Entlastungen sind ein voller Erfolg für die Bürger und ein bedeutender Sieg der Koalition. Verwirklicht werden jetzt Entlastungen von insgesamt rund 19 Milliarden DM. Dies sind fast neun Milliarden DM mehr, als die SPD den Bürgern an Entlastungen zugestehen wollte. Außerdem konnten die von der SPD geforderten Steuererhöhungen verhindert werden.

Der Wahlerfolg in Bremerhaven ist ein wichtiger Etappensieg

Als den größten Sieg der CDU überhaupt bei Wahlen im Lande Bremen bezeichnete CDU-Landeschef und Parlamentarischer Staatssekretär, Bernd Neumann, den Erfolg der Bremerhavener CDU bei der Kommunalwahl am 24. September.

Daß die CDU in Bremerhaven, einer Großstadt mit den höchsten Arbeitslosenzahlen in Deutschland, zehn Prozent Stimmen hinzugewann und damit erstmalig die mit Abstand stärkste Partei wurde, stelle einen besonderen Vertrauensbeweis in die wirtschaftspolitische Kompetenz der CDU dar.

Das Ergebnis der Bremerhavener CDU – mit Abstand das beste in ihrer Geschichte – sei auf eine solide und geschlossene Arbeit der Stadtverordnetenfraktion, einen glaubwürdigen Spitzenkandidaten und den engagierten Wahlkampf einer sehr motivierten Partei zurückzuführen. Hierbei komme dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten, Michael Teiser, als langjährigem politischen Motor der Bremerhavener CDU ein besonderes Verdienst zu.

Die katastrophale Niederlage der SPD mit einem Zehn-Prozent-Verlust, die in ihrer langjährigen Hochburg Bremerhaven nun zu einer 20-Prozent-Partei geworden sei, müsse – so Bernd Neumann – in erster Linie auf die Zerstrittenheit und personelle Zerschlagenheit vor Ort zurückgeführt werden. Sicherlich habe das desolatte Erscheinungsbild der SPD auf Bundesebene ebenfalls seine Wirkung gehabt.

Der CDU-Landesvorstand gehe davon aus, daß die verheerende Niederlage der SPD in Bremerhaven keine störenden Auswirkungen auf die Arbeit der großen Koalition im Lande Bremen habe, denn zu

dieser Koalition gäbe es keine realistische Alternative. Man wolle – so der CDU-Landeschef – der Bremerhavener CDU nicht vorschreiben, mit wem sie in der Stadtverordnetenversammlung kooperiere. Es sei richtig, mit allen ins Parlament ge-

Erklärung des CDU-Landesvorsitzenden zum Wahlausgang in Bremerhaven

wählten politischen Gruppierungen – mit Ausnahme der Rechtsradikalen – Gespräche über mögliche Kooperation und Zusammenarbeit zu führen. Unverzichtbar sei allerdings, daß die für das Land Bremen wichtige Arbeit des Senats unterstützt und nicht behindert werde.

Bernd Neumann abschließend: „Im Interesse des wirtschaftlichen Überlebens unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven wollen wir, daß die Senatskoalition von SPD und CDU vier Jahre erfolgreich arbeitet. Unser Ziel ist es jedoch, bei der nächsten Bürgerschaftswahl stärkste Partei im Lande Bremen zu werden, um den Regierungschef zu stellen. Der Wahlerfolg in Bremerhaven war ein wichtiger Etappensieg hin zu diesem Ziel!“

Kommentare

SPD im Tal der Trauer

Der Erdbeben für die SPD in dieser traditionell rot regierten Hafenstadt signalisiert, daß sich die Sozialdemokraten für die Zukunft auf ein tiefes Tal der Tränen einstellen müssen. Schon wird für die Wahlen in Berlin ein Ergebnis unter der 30-Prozent-Marke prognostiziert.

Generalsekretär Peter Hintze:

Die SPD ist in der Bündnisfrage genauso offen wie in der Führungsfrage

Der Erdrutschsieg der CDU in Bremerhaven ist nach dem Wahlerfolg der CDU in Frankfurt ein weiteres Zeichen für die neue Mehrheitsfähigkeit der Union in den großen Städten.

Wir werden jetzt alles daransetzen, die strategische Mehrheit in der Hauptstadt Berlin auszubauen.

Die gebetsmühlenartig vorgetragenen Beteuerungen der SPD-Kandidatin Ingrid Stahmer gegen eine SPD-PDS-

Kooperation erinnern fatal an die gleichlautenden Bekenntnisse von Herrn Höppner vor dem Magdeburger Wahlgang. Daß die PDS-Frage für die SPD nicht entschieden ist, zeigt das öffentliche Nachdenken von Heide Simonis und die freudige Reaktion von Gregor Gysi am Wochenende. Jeder Wähler und jede Wählerin muß wissen: In der SPD ist die Bündnisfrage genauso offen wie die Führungsfrage.

Gewiß können Kommunalwahlen immer nur ein begrenztes Schlaglicht auf die bundesdeutsche Stimmungslage werfen; der Zugewinn für die CDU in Bremerhaven von fast zehn Prozent sowie gleich starke Verluste für die SPD entsprechen jedoch jenem Meinungsbild, das auch für die SPD im Bundesgebiet analysiert worden ist – vom neuen Hoch für Helmut Kohl ganz zu schweigen, der sich auf der Höhe der Popularität seit seinem Amtsantritt befindet.

Hessischer Rundfunk

Die Nase voll

Schon wieder eine Hiobsbotschaft für die SPD: Sie hat eine weitere ihrer Hochburgen an die CDU verloren. Zwar ist Bremerhaven gewiß nicht der Nabel der Welt, aber dennoch schmerzt es die Genossen, wenn selbst Werftarbeiter und Erwerbslose ihr zunehmend das Vertrauen entziehen. In einer Hinsicht wenigstens braucht sich die Bonner Parteiführung für das Debakel nicht verantwortlich zu fühlen: Es war vor allem der desolate Zustand der örtlichen Partei, der die Wähler vertrieb. Nach fünf

Jahrzehnten an der Macht haben sich Fäulnis und Korruption ausgebreitet. Rechte und Linke bekämpfen sich bis aufs Messer und haben zum Teil ihre eigenen Wählerinitiativen gegründet. Doch ganz ohne Einfluß war die Bundespolitik auch nicht. Wenn sich die SPD insgesamt als zerstrittener Haufen zeigt, verlieren selbst langjährige Stammwähler die Lust, ihr treu zu bleiben - oder überhaupt noch zur Wahl zu gehen.

Tagesspiegel

Ebbe an der Waterkant

Die stolze Partei des Wilhelm Kaisen, einer „Ikone“ der Sozialdemokratie in Bremen nach 1945, und des Hans Koschnick (heute EU-Verwalter von Mostar) ist unter die 30 Prozent-Marke gerutscht. Zu Recht räumt Koschnicks „Enkel“ Scherf, einst linker Flügelmann der SPD, ein: „Ein schlimmes Ergebnis für die Partei“. Grüne (11,6 Prozent) und die vergleichsweise rechte SPD-Gruppe „Arbeit für Bremen“ (5,7 Prozent) knabbern von beiden Seiten an der alten Arbeiterpartei. Ein Trend, der Scharping besorgt machen muß.

Rheinische Post

Unser Land muß Spitze werden

„Rheinland-Pfalz braucht wieder eine starke Regierung unter der Führung der CDU. Wir setzen unsere ganze Kraft ein, um die Probleme der Menschen in unserem Land gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu lösen und unsere Visionen für Rheinland-Pfalz in praktisches Handeln umzusetzen.“

In diesem Aufruf und Appell gipfelt die Erklärung, mit der der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Johannes Gerster, auf einer Pressekonferenz am 15. September den Entwurf des Regierungsprogramms der CDU für die 13. Wahlperiode des Landtags von 1996 bis 2001 vorstellte.

Dieser Entwurf ist inzwischen an alle Gliederungen der Partei, an alle Amts- und Mandatsträger der CDU, an Verbände, Organisationen und Institutionen im Lande – an insgesamt über 3000 Stellen – verschickt worden und soll in den nächsten zwei Monaten einen breiten Bürgerdialog in 1000 offenen Veranstaltungen auslösen.

Einladung zum Mitmachen

Dabei sollen vor allem auch Gespräche und Diskussionen mit Nichtmitgliedern, Freunden, Anhängern und nach Möglichkeit auch mit Andersdenkenden geführt werden. Jeder Rheinland-Pfälzer – Männer und Frauen, Junge und Alte – sind eingeladen, mitzureden, Vorschläge zu machen und zu kritisieren.

Johannes Gerster: Wir wollen eine breit angelegte, offene und zukunftsgerichtete Diskussion über die Politik in Rheinland-Pfalz in Gang setzen, die Spaß machen und ihrerseits wiederum zum Mitmachen anregen soll.

Alle Vorschläge, die bis zum 15. November in der Landesgeschäftsstelle der CDU in Mainz (Rheinallee 1a-d) eingehen, werden in die Überarbeitung des Entwurfs eines Regierungsprogramms einbezogen und haben damit die Chance, Regierungspolitik zu werden.

Auf dem Landesparteitag am 1. und 2. Dezember in Bad Dürkheim wird das Regierungsprogramm öffentlich beraten und verabschiedet.

DURCH

NEUE ZUKUNFTSSICHERE ARBEITSPLÄTZE,

DURCH

ENTLASTUNG DER BÜRGER VON STEUERN, GEBÜHREN UND ABGABEN,

DURCH

MEHR GEMEINSINN, GEMEINSAMES SCHAFFEN UND

DURCH

GLEICHE LEBENSCHANCEN FÜR DIE MENSCHEN IN STADT UND LAND

– so lautet die Vision der CDU für Rheinland-Pfalz – „soll unser Land Spitze werden“. Denn es kann Spitze werden, wenn nüchterne Analysen die Kräfte, die in diesem Land und seinen Menschen stecken, freisetzen und zum Handeln motivieren.

Johannes Gerster: Vier Schwerpunkte sind es also, die auf allen Feldern der Landespolitik erkennbar werden müssen und uns als Kompaß bei allen Aufgaben dienen sollen, die wir gemeinsam angehen.

Helmut Kohl: Wer Rot-Grün will, verspielt die Zukunft Berlins

Die Hauptstadt dürfe nicht den Gegnern der Wiedervereinigung überlassen werden. Deshalb geht es nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 22. Oktober um die grundlegende Richtungsentscheidung, ob die deutsche Einheit nicht nur nach außen, sondern auch nach innen vollendet wird oder ob die Zukunft Berlins durch eine rot-grüne Regierung mit Unterstützung der Postkommunisten verspielt werde.

Mehr als 3 500 Berlinerinnen und Berliner waren am 25. September zum Start der heißen Wahlkampfphase ins Palais am Funkturm gekommen und feierten mit viel Beifall den Bundeskanzler als Wahlkampf-Helfer der Berliner CDU und ihres Spitzenkandidaten, Eberhard Dieppen.

Er hat mit ruhiger solider Hand geführt. Er verdient Vertrauen, und das ist das Beste, so Helmut Kohl über den Regierenden Bürgermeister, was man über einen Politiker sagen kann.

Wichtiger Beitrag Berlins

Die „Visitenkarte Deutschlands“ nannte der Bundeskanzler Berlin und verband damit die sichere Erwartung, daß die Hauptstadt an ihren früheren Glanz anknüpfen werde; denn künftig liege sie inmitten der Europäischen Union und nicht mehr am Rande.

Insbesondere, wenn das Bild der Deutschen in der Welt künftig nicht mehr nur von der wirtschaftlichen Tüchtigkeit, sondern auch von der kulturellen Tradition Deutschlands geprägt werden soll, bietet

Berlin nach Ansicht des Bundeskanzlers die besten Voraussetzungen, dazu seinen wichtigen Beitrag zu leisten.

Weltoffenheit und Solidarität nannte Helmut Kohl als die besten deutschen Tugenden, die jetzt endlich auch im wiedervereinten Deutschland wieder ganz zum Vorschein kommen können, und drückte seine Hoffnung aus, daß die einstigen Ostblockstaaten im Rahmen einer neuen Ordnung Europas wirtschaftlich gesund und im ökonomischen Konkurrenzkampf mit Deutschland mithalten.

Wie der Bundeskanzler bekräftigte auch der Regierende Bürgermeister und Vorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Diep-

Der Bundeskanzler erwartet, daß die Hauptstadt wieder an ihren früheren Glanz anknüpfen wird: Berlin ist die Visitenkarte Deutschlands.

gen, die Befürchtung, die SPD könne sich bei einem knappen Wahlausgang für eine rot-grüne Regierung entscheiden und sich von der PDS tolerieren lassen.

„Frau Stahmer sagt“, so Dieppen, „sie möchte keine Koalition mit Rot, Grün und Dunkelrot. Ich glaube ihr. Aber ich habe die Sorge, daß es ihr an Kraft fehlen könnte, sich gegen ein solches Bündnis zu stellen, wenn es eine Mehrheit hat.“

Deshalb auch der dringende Appell des Regierenden Bürgermeisters an die SPD-Wählerschaft, diesmal der CDU die Stimme zu geben, „damit die SPD nicht schwach wird“ und auf ein verhängnisvolles Angebot eingeht. ■

Ich kann mich noch an unsere Plakate vom Herbst 1989 erinnern. Was sich die meisten wünschten, ist inzwischen Realität: Die damals regiert haben, regieren nicht mehr, wir haben eine Demokratie, und sie können reisen, wohin sie wollen. Das alles ist inzwischen so sehr Alltag geworden, daß es uns nichts mehr wert zu sein scheint.

Ich weiß noch, als ich im Frühjahr 1990 davon sprach, wir sollten die Vereinigung erst zum 1. September 1992 in Angriff nehmen, wurde ich ausgepiffen. Heute bin ich froh, daß keiner auf mich gehört

fen, ist eine sehr viel größere, anspruchsvollere Aufgabe. Das haben wir 1989 so nicht gesehen. Es wird wohl eine Generation dauern.

Dieses vereinte Deutschland verändert sich als ganzes mit jedem Tag. So verrückt sich das vielleicht anhört: Wir Ostdeutschen haben es eigentlich leichter. Uns ist das Neue wie kaltes Wasser über den Kopf gekommen. So mancher links des Rheins hat nur ein paar Tropfen abgekriegt, Solidaritätszuschlag oder so. Aber er ist nicht bis auf die Knochen durchnäßt, von daher hat er es schwerer, damit zurechtzukommen.

Ein Tag der Freude und der Mahnung

hat. Außenpolitisch hätten wir das am 1. September 1992 nicht mehr hinbekommen. Den späten Zeitpunkt habe ich aber deshalb genannt, weil ich die ungeheuer menschliche Dimension dieser Aufgabe zu begreifen begann. Mit meinen 46 Jahren war mir auf einmal klargeworden: Dein ganzes Leben verändert sich vollkommen, und nicht bloß deswegen, weil du jetzt statt Pfarrer Berufspolitiker bist.

Die Einheit ist nicht vollendet. Aber ich bin ganz erstaunt darüber, wie weit wir in diesen fünf Jahren schon vorangekommen sind. Ich kann mich allerdings auch erinnern an Träume und Hoffnungen, wann wir was erreichen können, wann also etwa die vergleichbaren Lebensverhältnisse von Dresden und Heidelberg hergestellt sein können. Vor dem Hintergrund der vermuteten größeren Sachkompetenz von Altbundesrepublikanern sagten wir: „Das kriegen wir in vier Jahren hin.“ Aber vergleichbare Lebensverhältnisse und das Zusammenwachsen von Menschen zu schaf-

Ich verstehe gut, wenn Leute sich als Deutsche zweiter Klasse fühlen, weil sie noch nicht 100 Prozent Westlohn haben und weil sie in den letzten 40 Jahren nicht so viel Geld haben ansparen können, wie das vergleichbare Leute in den alten Bundesländern konnten. Aber politisch kann ich die Sicht nicht teilen, wir wären Deutsche zweiter Klasse. Wir haben kein unterschiedliches Wahlrecht, wir sind prozen-

Von Rainer Eppelmann

tual korrekt und angemessen in allen gesamtbundesrepublikanischen Gremien vertreten. Von den vier Stellvertretern Kohls sind zwei aus dem Osten.

Dieses Minderwertigkeitsgefühl ist ein altes DDR-Westdeutschland-Problem. Der DDR-Bürger hat fast 30 Jahre lang jeden Tag gedacht: Mensch, geht denen das gut, was die für Autos fahren, was die für Klammotten haben. Wir sind uns mit Blick auf die Osteuropäer überlegen vorgekommen.

und das haben wir denen auch immer wieder gezeigt. Und wir haben uns denen mit der D-Mark unterlegen gefühlt.

Wer als ehemaliger DDR-Bürger auf der Suche nach einem dritten Weg ist, der sollte bitte zur Kenntnis nehmen, daß es den bereits gibt: die Soziale Marktwirtschaft. Ich sage mir heute viel bewußter als vor fünf Jahren: Rainer, wenn du alt, wenn du krank oder pflegebedürftig wirst, bitte nur in der Bundesrepublik. Ich würde jedem ehemaligen DDR-Bürger wünschen, wenigstens einmal im Jahr für ein paar Stunden nach Polen oder Tschechien zu gehen. Spätestens dann wird er begreifen, welch ungeheures Glück wir hatten, daß es einen zweiten deutschen Staat gab.

Erstaunliche Bereitschaft

Was halte ich für gelungen? Die erstaunliche Bereitschaft der Altbundesrepublikaner, für das Zusammenwachsen der Menschen in Ost und West und für das Herstellen vergleichbarer Lebensverhältnisse in Ost und West zu bezahlen. Da gehen seit fünf Jahren jährlich 150 Milliarden vom Westen in den Osten rüber, ohne daß hier ständig Hunderttausende von neidischen Altbundesrepublikanern auf der Straße stehen.

Oder die Renten. Gemessen am Niveau 1989 haben sie einen ungeheuren Sprung gemacht. Ich weiß, daß sich einige von einem Rentenstrafrecht betroffen fühlen, aber das sind nur ein Prozent der Rentner. Die reden im Augenblick so laut, daß man denkt, sie wären fast die Hälfte. Ich kann das sagen, weil ich fast als allererster moniert habe, daß das Rentenüberleitungsgesetz in unerlaubter Weise eine moralisch-politische Wertung mit der Höhe der Geldzahlung vermengt. Ich weiß aber auch, daß viele sagen: Wer zu DDR-Zeiten nur deswegen viel verdient hat, weil er das richtige Parteibuch besaß, soll nicht auch noch heute ein Mehrfaches an Rente bekommen. Ich denke an die ungeheuren Leistungen bei der Verbesserung der Infrastruktur.

15 bis 20 Milliarden Mark sind erforderlich für die Alten- und Pflegeeinrichtungen, über 20 Milliarden für Investitionen in Krankenhäusern. Die Telekom wird Ende 1996 70 Milliarden Mark für Anschlüsse im Osten investiert haben. Der Bundesverkehrswegeplan sieht für die ersten zehn Jahre Investitionen von 120 Milliarden Mark für Schienen- und Wasserstraßen nur in den neuen Bundesländern vor. Zusammen mit anderen Posten ergibt sich die Riesensumme von etwa 2,2 Billionen Mark.

Was ist offengeblieben, was neu auf uns zugekommen? Die wachsende Kriminalität, Rauschgift, Drogen, daß man sich nicht mehr auf die Straße traut im Dunkeln, die Zahl der Autodiebstähle. Und zuerst natürlich die Arbeitslosigkeit, die uns DDR-Bürger unvorbereitet getroffen hat.

Ich bin der Meinung, daß wir umdenken und umbauen müssen. Umbauen heißt, an der einen oder anderen Stelle mehr zu unterstützen oder zu fördern, z. B. bei Familien, die auch mit dem neuen Jahressteuergesetz 1996 erst gleich behandelt sein werden und noch nicht gefordert sind. Wenn ich aber dort mehr hinzupacke, muß ich woanders was wegnehmen, weil wir nicht noch mehr über unsere Verhältnisse leben dürfen. Das tut weh und ist ärgerlich. Wer will, daß alles so bleibt, wie es ist, der muß sich radikal verändern.

Einfach in den Zug setzen

Für mich ist der 3. Oktober ein Tag der Freude und der Mahnung. Ich kann mich immer noch darüber freuen, mich einfach in den Zug zu setzen und nach Düsseldorf fahren zu können. Und ich denke an unsere osteuropäischen Nachbarn, die mit der Aufnahme flüchtender DDR-Bürger zur Einheit Deutschlands beigetragen haben. Wir müssen sie nun auch mit ins Boot nehmen und dürfen sie nicht an der Reling hängen lassen. ■

Erfolgreiche Umweltbilanz fünf Jahre nach der deutschen Einheit

„Mit der Vollendung der deutschen Einheit im Bereich des Umweltschutzes hat die Bundesregierung eine Herausforderung ohne Beispiel angenommen. Die unverkennbaren Fortschritte bei der Bewältigung der schlimmen Folgen aus vier Jahrzehnten rücksichtslosen Umgangs mit der Umwelt belegen, daß die Bundesregierung den richtigen Weg eingeschlagen hat. Nicht nur, daß die akuten Gefahren für die menschliche Gesundheit gebannt sind, vielmehr wurde ein weltweit einmaliger ökologischer und wirtschaftlicher Strukturwandel in Gang gesetzt. Auch im Umweltbereich hat sich die Lebensqualität für jeden Bürger deutlich verbessert.“

Dies erklärte Bundesumweltministerin Angela Merkel am 25. September vor der Bundespressekonferenz in Berlin anlässlich des bevorstehenden 5. Jahrestages der deutschen Einheit.

Ausgangssituation

Vier Jahrzehnte Planwirtschaft haben durch Raubbau an den natürlichen Ressourcen und durch eine ungenügende Infrastruktur schwere Schäden an der Umwelt hinterlassen. So hatte Ostdeutschland bei der Luftbelastung allein zwei traurige Weltrekorde inne: bei der Pro-Kopf-Belastung an Schwefeldioxid (fünf bis sechs Millionen Tonnen pro Jahr insgesamt) und beim Pro-Kopf-Ausstoß des Treibhausgases CO₂ mit 20 Tonnen. Nur drei Prozent der Fließgewässer und ein Prozent der Seen waren ökologisch intakt. 95 Prozent der Industrieabwässer wurden nicht oder nur unzureichend geklärt in die Gewässer eingeleitet. Von den rund 11.000 Hausmüllablagerungen waren 90 Prozent wilde

Müllkippen. Insgesamt wurden rund 70.000 industrielle Altlastverdachtsflächen ermittelt. Auf den ehemals von der Westgruppe der russischen Truppen genutzten insgesamt 1.026 Liegenschaften mit einer Fläche von 231.000 Hektar (Größe des Saarlandes) sind rund 34.000 Altlastverdachtsstandorte mit einer Fläche von 5.700 Hektar ermittelt worden. Im Bereich des Uran- und konventionellen Erzbergbaus in Sachsen und Thüringen konnte die ursprüngliche Verdachtsfläche radiologischer

Bundesumweltministerin Angela Merkel: Wir haben einen weltweit einmaligen ökologischen und wirtschaftlichen Strukturwandel in Gang gesetzt und die Lebensqualität der Bürger auch im Umweltbereich spürbar verbessert.

Altlasten von 1.500 Quadratkilometern im Laufe der Untersuchungen auf rund 240 Quadratkilometern begrenzt werden. Andererseits hat sich in militärischen Sperrzonen, entlang der deutsch-deutschen Grenze und in den ehemaligen Staatsjagdgebieten ein Naturreichtum entwickelt, der in Europa einmalig ist und den es zu schützen galt.

Angela Merkel: „Im Zuge der Umweltuntersuchungen sowie der regelmäßigen Erfassung und Auswertung von Umweltdaten hat sich auch das Bild von der Umweltsituation in den neuen Ländern differenziert. So haben sich anfängliche Befürchtungen von einer flächenhaften Verseuchung und Gesundheitsgefährdung nicht bestätigt. Jedoch sind die lokalen Belastungen zum Teil so hoch, daß deren Beseitigung noch Jahre in Anspruch neh-

men wird. Neben diesen Umwelthypothesen haben die neuen Länder ein bedeutendes Naturerbe in die Einheit eingebracht, das internationale Anerkennung – beispielsweise von sechs Biosphärenreservaten durch die UNESCO – gefunden hat. Dies gilt es für die Zukunft zu bewahren.“

Erreichte Umweltentlastungen und gegenwärtige Probleme

Insgesamt sind die Schadstoffeinträge in Wasser, Luft und Boden in den neuen Bundesländern deutlich zurückgegangen. So verminderten sich die aus der Energieerzeugung stammenden Kohlendioxid-Emissionen um knapp die Hälfte, der Ausstoß an Schwefeldioxid um 44 Prozent, von Kohlenmonoxid um 32 Prozent und bei Staub sogar um fast zwei Drittel. Seit 1992 werden die in der Technischen Anleitung Luft festgelegten Emissionsgrenzwerte für SO₂ und Schwebstaub nicht mehr überschritten.

Dennoch liegt das Emissionsniveau insgesamt noch über dem der alten Bundesländer. Bei Stickoxidemissionen konnte zwar bis 1992 bei Kraftwerken und privaten Haushalten ein Rückgang um 32 Prozent erzielt werden, jedoch nahm der NO_x-Ausstoß allein durch den wachsenden Straßenverkehr zur gleichen Zeit um 28.000 Tonnen zu, so daß die einmal erzielten Erfolge bei einem weiteren Anhalten dieses Trends gefährdet sind. Und dies, obwohl die Ausstattung der Kfz mit Drei-Wege-Katalysator bei rund 50 Prozent liegt und damit fast ebenso hoch ist wie in den alten Bundesländern.

Der Zustand der Gewässer hat sich nicht zuletzt durch den Bau von insgesamt über 500 Kläranlagen und zahlreichen grundlegenden Modernisierungen seit 1990 deutlich verbessert. So ist die Elbe erheblich von organischen Verbindungen und Schwermetallen entlastet worden. Durch

biologische Klärung konnte die Gewässerqualität im Einzugsgebiet der Ostsee allein bei Phosphor um 66 Prozent verringert werden.

Auch die Trinkwasserversorgung konnte verbessert werden. So wurde eines der wesentlichen Probleme, die Belastung des Trinkwassers mit Pflanzenschutzmitteln im Bereich der öffentlichen Versorgung weitgehend gelöst. Durch den Rückgang der Massentierhaltung ist die Nitratbelastung im ländlichen Raum stark gesunken. Erfreulich ist der Trend zum Wassersparen in den neuen Ländern, der zu einem Rückgang der Wasserabgabe bis zu 50 Prozent geführt hat.

Ministerin Merkel: „Die Fortschritte in der Umweltentlastung sind unverkennbar, wenn auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Ein Teil der Entlastungen geht zweifellos auf das Konto von Stilllegungen wirtschaftlich unrentabler Betriebe. Ohne den begonnenen Strukturwandel wären diese Ergebnisse jedoch undenkbar. Zugleich stehen die neuen Länder im Zuge des Einigungsprozesses zunehmend vor den gleichen Problemen wie die alten, etwa bei der Einführung der Kreislaufwirtschaft, der Bewältigung der ökologischen Folgen des zunehmenden Verkehrs oder der wachsenden Flächenversiegelung. Diese Aufgabenfelder werden in Zukunft gemeinsam zu lösen sein. Auch dies ist ein Indiz für ein Zusammenwachsen von Ost und West.“

Aufbau einer modernen Umweltinfrastruktur

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Umweltpolitik in den vergangenen fünf Jahren lag im Aufbau einer funktionsfähigen Umweltinfrastruktur in den neuen Ländern als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

So wurde ein bislang beispielloses Programm zur Modernisierung der Energieversorgung in Gang gesetzt. Von den 278 Großfeuerungsanlagen, darunter alle Großkraftwerke, die zum Zeitpunkt der deutschen Einheit in Betrieb waren, werden bis 1996 49 Anlagen nachgerüstet, 71 müssen bis 2001 stillgelegt werden. Das betrifft rund drei Viertel der früheren Kraftwerkskapazitäten. In den übrigen Kraftwerken werden beispielsweise Brennstoffumstellungen durchgeführt oder die Feuerungswärmeleistung herabgesetzt. Neue Kraftwerke entstehen an den Standorten Schwarze Pumpe, Lippendorf und Jämschwalde. Dabei sollen dort Nettowirkungsgrade von über 42 Prozent erreicht werden, die damit höher liegen als im Durchschnitt in den alten Ländern.

Für den Aufbau einer modernen Umweltinfrastruktur hat die Bundesregierung seit 1990 erhebliche Finanzmittel aufgewendet. So wurden im Rahmen des Soforthilfeprogramms zwischen 1990 und 1992 allein rund 1,2 Milliarden DM für 1785 Projekte in den Bereichen Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft, Abwasserbehandlung und Wasserversorgung bereitgestellt. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Investitionsprogramms zur Verminderung von Umweltbelastungen durch Förderung moderner Technologien und Produktionsverfahren vom Bundesumweltministerium bis 1994 fast 500 Millionen DM für 63 Projekte zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren sind seitens des Bundes im Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost ab 1995 für die neuen Länder jährlich 6,6 Milliarden DM für einen Zeitraum von zehn Jahren festgeschrieben, die auch zum Aufbau der Umweltinfrastruktur genutzt werden können.

Jedoch ist der Investitionsbedarf so hoch – allein im Bereich Abwasserentsorgung schätzungsweise 100 Milliarden DM in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren –, daß öffentliche Haushalte dies allein nicht

aufbringen können. Dazu ist die Einbeziehung privaten Kapitals notwendig. Eine verstärkte Berücksichtigung privatwirtschaftlicher Lösungen kann nicht nur zu einer Beschleunigung der Projekte, sondern über mehr Wettbewerb auch zu einer Begrenzung der Gebühren führen. Derzeit gibt es beispielsweise im Abwasserbereich insgesamt rund 70 Kläranlagen-Projekte mit privater Beteiligung in den neuen Bundesländern.

Angela Merkel: „Mit der Einbeziehung privaten Kapitals zum Aufbau der Umweltinfrastruktur haben die neuen Bundesländer Schrittmacherdienste geleistet. Denn auch in den alten Bundesländern werden in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen notwendig sein, so daß ich hoffe, daß die guten Beispiele dort Schule machen.“

Altlastenbeseitigung

Die Bundesregierung hat frühzeitig die Bedeutung der Altlastensanierung für die Wirtschaftsmodernisierung erkannt. Deshalb wurde bereits 1990 mit der sogenannten „Altlastenfreistellungsklausel“ im Umweltschutzgesetz die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, daß Erwerber von Grundstücken von der Altlastensanierung freigestellt werden können.

Damit war eine erste Voraussetzung geschaffen, daß traditionelle Wirtschaftsstandorte erhalten werden und das Bauen auf der „grünen Wiese“ begrenzt wird.

1992 hatte sich der Bund im Rahmen eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern verpflichtet, für die Altlastensanierung ehemaliger Treuhandunternehmen einen wesentlichen Teil der Kosten zu übernehmen. Das Abkommen sieht für den Regelfall die Kostenteilung zwischen Treuhandanstalt und Land im Verhältnis 60:40 vor. Dafür stehen bis 2002 insgesamt 10 Milliarden DM zur Verfügung. Ferner

haben Bund und Länder die Sanierung von insgesamt 23 Großprojekten vereinbart, für die jeweils mehr als 100 Millionen DM erforderlich sind. Bei diesen Vorhaben liegt die Kostenteilung im Verhältnis 75 (Bund) : 25 (Land). Die Gesamtkosten werden auf rund sechs Milliarden DM geschätzt. Darüber hinaus werden für die Altlastensanierung in den Braunkohleregionen 1992 bis 1997 7,5 Milliarden DM bereitgestellt. Die Finanzierungsvereinbarung wurde Ende 1994 einvernehmlich zwischen Bund und Ländern um ein Paket von Maßnahmen erweitert mit dem Ziel, die Sanierung zu beschleunigen.

Insgesamt werden in diesem Jahr rund 56.000 Arbeitnehmer in den neuen Ländern in Sanierungsmaßnahmen beschäftigt, davon allein rund 17.000 in der Braunkohle.

Moderne Umwelttechnologien

Eine innovationsfördernde Umweltpolitik ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Ein Schlüsselfaktor sind moderne, insbesondere produktionsintegrierte Umwelttechno-

logien, für deren Einsatz der wirtschaftliche Strukturwandel in den neuen Ländern besondere Chancen bietet. Im Hinblick auf die Exportorientierung der deutschen Umweltschutzindustrie schließt dies auch den Transfer von Umwelttechnologien ein. Es gilt, die in den neuen Ländern gesammelten Erfahrungen für die Sicherung dieses Zukunftsmarktes, vor allem in Mittel- und Osteuropas, aber auch in Schwellen- und Entwicklungsländern zu nutzen.

Bundesumweltministerin Merkel: „Die neuen Bundesländer befinden sich fünf Jahre nach der deutschen Einheit nach wie vor in einem gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Umbruchprozeß. Steht auch die Sanierung der Hinterlassenschaften derzeit noch im Vordergrund, so zeigt der schrittweise Aufbau einer modernen Umweltinfrastruktur, die Errichtung neuester, mit effizienten Umwelttechnologien ausgestatteter Produktionsanlagen, daß ein für ganz Deutschland neuer Weg hin zu einer künftig nachhaltigen, d.h. dauerhaft umweltschonenden Wirtschaftsstruktur eingeschlagen wird. In diesem Sinne hat die Umweltpolitik der Bundesregierung Modellcharakter für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.“

EU-Staaten zu solidarischer Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen bereit

Die EU-Innenminister haben in Brüssel eine gemeinsame Visaliste verabschiedet. Staatssekretär Schelter vom Bundesinnenministerium erklärte vor Journalisten, die Einigung auf die rund 100 Staaten umfassende Liste sei möglich geworden, nachdem Italien sich bereit erklärte, auch für Serbien und Montenegro die Visumpflicht einzuführen. Vor allem die Bundesregierung habe auf der Visumpflicht für Serben und Montenegriner bestanden, da Schlepper in der Vergangenheit den visumsfreien Verkehr zwischen Jugoslawien und Italien ausgenutzt hätten.

Zudem verabschiedeten die Minister formell eine Entschließung, in der sich alle EU-Staaten zu einer solidarischen Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklären.

Attraktivitätsoffensive für die Wehrpflichtigen

Zur Beratung über den Verteidigungshaushalt 1996 im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, und der Berichterstatter im Verteidigungsausschuß für Fragen der Grundwehrdienstleistenden, Jürgen Augustinowitz:

Der Haushalt 1996 stellt entscheidende Weichen für die Bundeswehr der Zukunft. In unserer Fraktion besteht Einigkeit, daß spürbare Verbesserungen bei der Situation der Soldaten, insbesondere bei den Grundwehrdienstleistenden, überfällig sind. Die Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik hat deshalb ein Maßnahmenpaket geschnürt, daß mit seinen materiellen und sozialen Komponenten entscheidende Impulse zur Steigerung der Attraktivität des Wehrdienstes setzt. Die wesentlichen Elemente dieses 405-Mio.-DM-Pakets sind:

- Grundwehrdienstleistenden wird ab 1. Oktober 1995 – wie jetzt schon den Zivildienstleistenden – das doppelte Verpflegungsgeld für dienstfreie Tage ausbezahlt. Im Monatsdurchschnitt ergibt sich daraus ein ‚Mehr‘ von rd. 50 DM. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf 90 Mio. DM jährlich.
- Die Mindestbeförderungszeiten für Mannschaften werden gesenkt. So können Wehrpflichtige schon nach 3 Monaten zum Gefreiter und nach 6 Monaten zum Obergefreiter befördert werden. Durchschnittlich bedeutet dies ein monatliches ‚Plus‘ von ca. 40 DM. Diese Maßnahmen kosten jährlich 51 Mio. DM.
- Es wird für die Grundwehrdienstleistenden ein Mobilitätzuschlag für Entfernun-

gen ab 50 km bzw. 100 km zwischen Wohn- und Dienstort eingeführt. Monatlich werden somit 90 DM bzw. 180 DM zusätzlich ausgezahlt. Die jährlichen Kosten beziffern sich auf 125 Mio. DM.

- Der Dienstzeitausgleich für Grundwehrdiener wird künftig ab 4. Dienstmonat vergütet. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, durch Anpassung des Zivildienstgesetzes hier eine Gleichbehandlung zwischen Wehrdienstleistenden und Zivildienstleistenden anzu-

In der CDU/CSU besteht Einigkeit: Spürbare Verbesserungen der Situation der Soldaten sind überfällig.

streben. Die hierzu notwendigen Aufwendungen werden mit jährlich 87 Mio. DM zu Buche schlagen.

- Es wird ein freiwilliger zusätzlicher Wehrdienst mit einer Dauer von 11 bis 23 Monaten und einem monatlichen steuerfreien Leistungszuschlag von 1.200 DM eingeführt. Für diese Maßnahme werden 52 Mio. DM jährlich benötigt.

Die CDU/CSU läßt ihrem Bekenntnis zur Wehrpflicht mit diesem Maßnahmenpaket Taten folgen. Offensive ist angesagt, um die Attraktivität des Wehrdienstes zu steigern. Wer sich zur Wehrpflicht bekennt, muß sie sich etwas kosten lassen. Wer eine Bundeswehr will, deren Geist wesentlich von Wehrpflichtigen bestimmt wird, muß in die Menschen investieren. Die CDU/CSU will Vertrauen in die Bundeswehr nach innen und nach außen.

Pressestimmen: Das sollte eine Lehre sein

1:0 für Kanther

Die Republik bebte tagelang aus Zorn über den „unmenschlichen“ Bundesinnenminister Kanther, die SPD-Vizevorsitzende Herta Däubler-Gmelin sprach dem CDU-Politiker mit schwäbischer Grobheit bündig das Christliche ab. Der wiederum zieh sie der Hysterie. Zu Recht. Kurzum: Es gab Riesenaufregung, weil sieben Sudanesen abgeschoben wurden, die als Asylbewerber mit falschen Pässen nach fünf Gerichtsentscheidungen – darunter auch des Bundesverfassungsgerichts – abgeblitzt waren. Und nun ist das angekündigte Nachspiel im Bundestag kleinlaut durch Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen worden, weil die Entscheidung Kanthers doch begründet war. **Rheinische Post**

Bärendienst

Die Grünen haben dem Parlament und sich selbst einen Bärendienst erwiesen, als sie am Mittwoch auf Grund eines Zeitschriftenberichts ihren Antrag auf eine aktuelle Stunde über die Abschiebung von sieben Sudanern zurückzogen. Es sieht aus, als wollten sie dem Bundesinnenminister nicht das Forum für einen selbstzufriedenen Auftritt geben, sich ihrerseits aber auch nicht wegen vorschneller Empörung entschuldigen müssen.

Frankfurter Allgemeine

Blamage

Die selbsternannten Kritiker des deutschen Asylrechts haben sich bis auf die Knochen blamiert. Kaum waren die sieben sudanesischen Asylbewerber nach etlichen juristischen Winkelzügen endlich in ihre Heimat abgeschoben worden, hatten SPD und Grüne in das Protestgetöse gegen die Aktion eingestimmt. Hätten sie doch lieber

geschwiegen! Jetzt stellt sich heraus, daß es sich bei den Sudanesen offenkundig um Wirtschaftsflüchtlinge gehandelt hat, die illegal nach Deutschland einreisen wollten. Das Geschrei um die Abschiebung war also überflüssig. Die Grünen mußten sogar eine aktuelle Stunde zu diesem Thema abblasen, um von Bundesinnenminister Manfred Kanther im Bundestag nicht vorgeführt zu werden. Der Vorfall sollte all denjenigen, die Deutschland wegen seiner Abschiebepaxis an den Pranger stellen, eine Lehre sein.

Stuttgarter Nachrichten

Plus für Kanther

Eine harsche Abrechnung mit Bundesinnenminister Kanther hatten sich die Grünen im Bundestag wegen dessen Abschiebung von sieben Sudanesen vorgenommen und deswegen eine aktuelle Stunde beantragt. Nicht nur Herta Däubler-Gmelin von der SPD, sondern auch die Grünen hatten Kanther der Unchristlichkeit und Unmenschlichkeit bezichtigt. Nun aber mußten die Grünen die Stunde der Wahrheit, die Kanther schlagen sollte, überraschend absagen.

Stuttgarter Zeitung

Lehren aus dem Sudan

Dieser Vorgang sollte als Lehrstück dafür herhalten, wie falsch es ist, beim Thema Asyl auf der einen oder der anderen Barrikade zu stehen. Und im übrigen eigentlich bedauerliche Menschen zum Mittelpunkt einer Kampagne gegen das ohnehin zwischen den Bonner Parteien mühsam ausgehandelte Asylrecht und seinen vornehmlichen Exekutor, den Bundesinnenminister, zu machen, sollte jedem Rechtschaffenen fernliegen. **Die Welt**

Christoph Bergner:

Wir sollten es mit dem Frauenquorum versuchen!



Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist Verfassungsgebot und Wertorientierung zugleich und damit Verpflichtung für alle, die politische Verantwortung tragen.

Es besteht kein Zweifel, daß sich im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt für Frauen vieles zum Positiven verändert hat. Gleichwohl: Frauen sind immer noch weit davon entfernt, angemessen – d. h. im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil – am politischen Leben und Gestalten beteiligt

zu werden. Das gilt auch für unsere Partei. Wir haben in Beschlüssen und Programmen von Gleichberechtigung und Partnerschaft gesprochen; Frauen haben aber nicht ausreichend Chancen konkreter Mitgestaltung und Verantwortung erhalten. Ich weiß, daß ein Quorum auch Probleme und Verzerrungen verursachen kann. Mit Blick auf die vorliegende Formulierung aber meine ich: Wir sollten es mit dem Quorum versuchen! Deshalb unterstütze ich diesen Vorschlag des CDU-Bundesvorstandes.

Bundestagswahl 1994:

So haben die Frauen gewählt

Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen hat die Bundestagswahl 1994 in bezug auf das Wahlverhalten von Frauen folgendermaßen analysiert:

- Frauen ab 60 Jahre wählten die CDU zu 53 Prozent (bestes Ergebnis der Parteien)
- Frauen bis 24 Jahre wählten die CDU zu 31 Prozent (schlechtestes Ergebnis der Parteien)
- Frauen unter 35 Jahren wählten deutlich weniger die CDU als die entsprechende Altersgruppe der Männer
- deutliche Abweichungen vom Gesamtergebnis der CDU:
Minus von 3,1 Prozent bei den ostdeutschen Frauen
Minus von 5,3 Prozent bei den westdeutschen Frauen

Minus von 7,2 Prozent in der Altersgruppe von 25 bis 44 Jahren.

Ilse Falk, MdB: „Das bedeutet im Klartext, daß sich junge Frauen, Frauen mit kleinen Kindern, Frauen am Anfang der beruflichen Laufbahn mit ihren politischen Interessen und Bedürfnissen von der CDU derzeit nicht genügend angesprochen fühlen. ... Zudem sind es gerade die Probleme der jungen Frauen, die es auch gesellschaftlich dringend zu lösen gilt, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berufliche Qualifikation, geeignete Kinderbetreuungsmaßnahmen, familienfreundliches Wohnumfeld usw. Ein Lösungsansatz für die verstärkte Beteiligung von Frauen in der Partei und damit auch die verbesserte Interessenvertretung von Frauen bietet das Quorum.“

Wirksamkeit von Quoten für die Politik

In den skandinavischen Ländern wurde die Diskussion über die Beteiligung von Frauen vor mehr als 20 Jahren geführt und zu einem großen Teil mit Quoten geregelt.

Inzwischen erreichte der Frauenanteil in den Parlamenten Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens eine Repräsentanz von 21 bis 38 Prozent. Schweden hält den Weltrekord. Von 22 Ministerposten sind im neuen Kabinett 11 mit Frauen besetzt; im Reichstag sind 143 weibliche Abgeordnete – d. h. 41 Prozent. Sie haben Schlüsselpositionen als

- Außenministerin
- stellvertretende Ministerpräsidentin
- Justizministerin
- Sozialministerin.

Quotenregelungen mögen eine umstrittene Maßnahme sein. Sind sie aber erst eingeführt, bilden sie die Grundlage für eine weitere Stärkung der Frauen, weil sie nicht ihre ganze Kraft dafür einsetzen müssen, um überhaupt vertreten zu sein. Sie können sich stärker den eigentlich politischen Inhalten zuwenden.

Wenn Frauen Politik machen

In Schweden haben alle Kinder ab 1½ Jahren das Recht auf einen Krippenplatz. Eltern haben Anrecht auf 450 Tage Elternurlaub und Arbeitsplatzgarantie. Die ersten 360 Tage werden mit 90 Prozent des Nettoeinkommens vergütet, die verbleibenden 90 Tage mit 12 DM pro Tag. 79,9 Prozent der Frauen, 84,6 Prozent der Männer sind erwerbstätig.

In Norwegen beträgt der Elternurlaub 52 Wochen bei 80 Prozent oder 42 Wochen bei 100 Prozent des letzten Lohnes. Alle Kinder haben das Recht auf einen Krippenplatz; etwa 62 Prozent der Frauen und 74 Prozent der Männer sind erwerbstätig.

In Finnland gibt es 263 Tage Urlaub für Eltern bei 45 Prozent des letzten Lohnes für Gutverdienende, 65 Prozent für Schlechtverdienende. Die ersten 105 Tage dürfen allerdings nur von der Mutter in Anspruch genommen werden. Nach Ablauf des Elternurlaubs ist für jedes Kind ein Krippenplatz garantiert.

Der UN-Generalsekretär, **Butros Butros-Gahli**, erklärte auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen, daß ein verbessertes Leben für Frauen oftmals eine Verbesserung für ganze Gesellschaften mit sich bringt. Die Welt erkenne zunehmend, daß die Benachteiligung von Frauen der Grund für viele globale Probleme sei. Solange den Frauen nicht umfassende Rechte eingeräumt würden, sei eine Lösung der ersten sozialen, wirtschaftlichen Probleme unwahrscheinlich. In einem Aktionsplan soll sichergestellt werden, daß das Personal der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2000 zu 50 Prozent aus Frauen bestehe.

Im UN-Bericht über die menschliche Entwicklung, der im August 1995 veröffentlicht wurde, lag erstmals eine detaillierte Bestandsaufnahme des zwischen Männern und Frauen bestehenden Ungleichgewichts weltweit vor. Der Bericht zeigt, daß in keinem Land der Welt Frauen die gleichen Chancen wie Männer haben, wobei Arbeits-einkommen, Lebenserwartung, Bildungsstand von Männern und Frauen in allen 130 Ländern miteinander verglichen wurden. Bevor Frauen nicht eine Beteiligung von mindestens 30 Prozent in Entscheidungsgremien erreicht hätten, würde sich nichts an der politischen Kultur ändern.

In einem 10-Jahres-Plan zur Stärkung der Gleichstellung wird die Forderung aufgestellt: Für den Mindestanteil von Frauen an Entscheidungspositionen auf nationaler Ebene müsse eine kritische Schwelle von 30 Prozent gelten.

Zukunft der

CDU

nur mit mehr Frauen

**Schluß mit
unverbindlichen
Appellen****Meine Meinung:**

Ja**zum Frauenquorum jetzt.****Aus dem Rücklauf der Kartenaktion seit 11. September 1995:**

„die Frauenquote ist dringend notwendig, da es, wie die Jahre zeigen, ohne Quote offensichtlich nicht geht“, • „die CDU hat nur Bestand als Volkspartei, wenn sie die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt, also auch entsprechend Frauen“, • „höchste Zeit für neue Wege“, • „damit die vielen guten Frauen in der CDU zum Zuge kommen“, • „da Vernunftgründe allein in unserer Männergesellschaft nicht überzeugen, ist dieser Weg (Quote) leider nötig. Frauen müssen prozentual an Führungspositionen beteiligt werden“, • „jedes Unternehmen

muß die Mitarbeiter motivieren. Die CDU nicht?“ • „Frauenquorum ist moderne Parteiführung“, • „jetzt ist es höchste Zeit. Zwanzig Jahre warte ich schon darauf. Der gute Wille allein genügt nicht“.

Schreiben auch Sie uns bitte schnell, damit wir uns noch vor dem Parteitag ein Bild machen können!

Schreiben Sie:

**An den
Generalsekretär der CDU
Peter Hintze, MdB
Friedrich Ebert-Allee 73 - 75
53113 Bonn.**

Wolfgang Schäuble:

Maastricht II darf nicht scheitern

Vor gut acht Monaten haben die Schweden für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union gestimmt. Am 17. September konnten sie ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament wählen. Das Ergebnis dieser Wahl muß tief nachdenklich stimmen: Bei einer erschreckend geringen Wahlbeteiligung gab es einen klaren Wahlsieg für die politischen Kräfte, die Europa kritisch oder gar ablehnend gegenüberstehen.

Was immer sich in den vergangenen acht Monaten bei den Schweden ereignet haben mag, ob enttäuschte Hoffnungen oder überzogene Erwartungen zu wachsendem Desinteresse und Euroskepsis geführt haben – die Momentaufnahme zeigt, wie wenig Europa als Idee und Auftrag die Menschen derzeit zu beflügeln vermag. Das muß alle Alarmglocken schrillen lassen. Denn die Europäische Union steht an einer entscheidenden, vielleicht sogar der alles entscheidenden Wegmarke. Im Zuge der im nächsten Jahr beginnenden Folgekonferenz zum Abkommen von Maastricht werden die Mitgliedsstaaten der EU die Frage zu beantworten haben, ob sie den Weg der europäischen Integration weitergehen und unumkehrbar machen wollen. Das ist nicht nur für uns Deutsche, aber vor allem für uns die Schicksalsfrage schlechthin. Würde sie negativ beantwortet, wäre damit für lange Zeit die letzte große Chance vertan, Frieden und Freiheit in Europa dauerhaft zu sichern und auf dem alten Kontinent eine stabile Ordnung für das nächste Jahrhundert zu installieren.

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, ein Scheitern der Maastricht-Folgekonferenz sei doch gar nicht so schlimm, dann bleibe eben alles, wie es ist. Abgesehen

davon, daß der derzeitige Stand der europäischen Einigung auch nicht immer zu Begeisterungstürmen Anlaß gibt, bin ich davon überzeugt, daß in diesem Falle die auseinandertreibenden Kräfte in Europa die Oberhand gewinnen, sich nationalstaatliche Egoismen verstärken und wir uns unversehens in einer instabilen geographischen Mittellage wiederfinden werden, wie sie Europa im ausgehenden 19. Jahrhundert gekennzeichnet und schließlich zur größten Katastrophe unserer Geschichte geführt hat.

Die Europäische Union steht an einer vielleicht sogar alles entscheidenden Wegmarke.

Deshalb müssen wir alles daran setzen, daß Maastricht II ein Erfolg wird und wir die Herzen der Menschen für den Fortgang der Integration gewinnen. Viele machen sich nicht klar, warum der europäische Einigungsprozeß so existentiell wichtig ist. Kein Land in Europa kann aus eigener Kraft und ganz auf sich gestellt den Frieden sichern. Und der Frieden ist nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht sicherer geworden. Sonst gäbe es den scheußlichen Krieg im ehemaligen Jugoslawien nicht. Hier hat Europa versagt. Deshalb ist es so ungeheuer wichtig, daß die Europäische Union endlich zu substantiellen Fortschritten bei der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommt. Ich fürchte, die Geschichte wird uns nicht soviel Zeit lassen, wie manche gerne hätten. ■

Erfolg auf Mallorca

Zum Abschluß des EU-Sondergipfels auf Mallorca erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Der inoffizielle EU-Gipfel in Mallorca war ein Erfolg, nicht zuletzt ein solcher des Bundeskanzlers. Das ist keine pflichtgemäße Feststellung des außenpolitischen Sprechers der größten Regierungsfraktion. Denn die Aufregungen der letzten Tage um die Währungsunion haben nicht zu einer Aufschiebung der Konvergenzkriterien, aber auch nicht zu einer Aufschiebung des Zeitplanes geführt – im Gegenteil ist beides bekräftigt worden. Das ist von nicht zu überschätzender Bedeutung, weil nichts so Not tut wie politische Führung und Klarheit. Dies beweist die Tatsache, daß vor dem ersten dänischen Referendum und dem darauffolgenden französischen die Lage viel stabiler war, und die internationalen Finanzmärkte bereits von der Existenz der Währungsunion ausgingen, obwohl damals die meisten Mitgliedsländer viel weiter von der Erfüllung der Konvergenzkriterien entfernt waren, und die wirtschaftliche Lage schlechter als heute war.

Der zweite große Erfolg ist die Festlegung des Datums für die Beitrittsverhandlungen mit unseren östlichen Nachbarn. Sie brauchen nichts so sehr wie eine klare Perspektive, sowohl für die wirtschaftliche, aber mehr noch für die politische Entwicklung.

Das Dritte ist die Wiederherstellung des „Familiengeistes“, wie Philippe Gonzalez zurecht formuliert hat. Das bedeutet nichts anderes als die Entschlossenheit der Regierungschefs, trotz aller vorhersehbarer Schwierigkeiten die Revisionskonferenz 1996 zu einem Erfolg zu machen. Alle scheinen sich darüber hinaus in einem konkreten, äußerst wichtigen Punkt einig: Die Abkehr vom Konsens –

d. h. vom Veto-Prinzip – ist Mindestvoraussetzung für eine erfolversprechende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Kohls Europa

Wie sieht Europa in zehn oder zwanzig Jahren aus? Wird es ein großer Staat sein, von Lissabon bis Bukarest? Mit einer Währung, einer Regierung, einem Parlament?

Der Zeitraum, in dem Helmut Kohl diese Fragen durchdenkt, ist kürzer. „In diesem Jahrfünft“, erklärte er auf Mallorca, wollte man das europäische Haus fertigstellen. Kohl ist beseelt von der Idee des vereinten Europa, und er treibt es wie kein anderer voran.

Der Kanzler hat ein Europa vor Augen, das keine Grenzen mehr kennt, das die Menschen frei vereint, ohne ihnen ihre nationalen Eigenheiten zu nehmen.

Westdeutsche Allgemeine

Kommentare

Nachdenken

Für die europäische Zukunft war das EU-Treffen auf Mallorca ein durchaus begrüßenswertes Novum. Anstelle der sonst üblichen Absichtserklärungen, die nach zwei Wochen ohnehin nur noch Fachleute interessieren, ließen die 15 EU-Staats- und Regierungschefs ihren Gedanken freien Lauf. „Brainstorming“ heißt dafür der Fachausdruck, der in Industrie und Wirtschaft schon lange gang und gäbe ist. Daß diese Art der Gedankenbündelung in der EU überfällig ist, steht außer Zweifel. Zu oft haben in der jüngsten Vergangenheit zu viele Politiker und Entscheidungsträger öffentlich über Europa spekuliert. Es war deshalb höchste Zeit, mit dem stillen und ernsthaften Nachdenken über Europa zu beginnen.

Rheinische Post

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Frieden und Wohlergehen für das Jahr 5756 jüdischer Zeitrechnung

Grußwort des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana in der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung vom 21. September 1995:

Den Lesern der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung und allen jüdischen Gemeinden in Deutschland übermittle ich zum Fest Rosch Haschana meine herzlichsten Glückwünsche. Möge uns das Jahr 5756 jüdischer Zeitrechnung Frieden und Wohlergehen bringen.

Auch im kommenden Jahr werden sich die jüdischen Gemeinden in Deutschland der großen Herausforderung stellen, für die Integration der zu uns kommenden jüdischen Zuwanderer Sorge zu tragen. Es ist für mich eine bewegende Entwicklung, daß es heute wieder eine kraftvolle jüdische Gemeinschaft in Deutschland gibt. Ich wünsche mir sehr, daß die jüdischen Gemeinden hier weiterhin wachsen und gedeihen.

Die vergangenen Monate gaben vielfältige Gelegenheit zu Erinnerung und Gedenken an die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor fünfzig Jahren. Die Gedenkveranstaltungen, die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus Beachtung fanden, haben uns das Leid der Opfer und die Mahnung der Geschichte eindringlich vor Augen geführt. Zugleich haben sie deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren festen Platz in der Gemeinschaft freier und demokratischer Staaten gefunden hat.

Die Partnerschaft und Freundschaft mit den Feinden von einst ist Grund zu großer Dankbarkeit; sie bestärkt uns darin, uns

weiterhin nachdrücklich für die Festigung des Friedens und die Sicherung von Freiheit und Demokratie einzusetzen. Wir müssen unser Denken und Tun konsequent auf die Schaffung eines geeinten Europas richten. Ebenso gilt es, in unserem Lande wachsam und unnachlässig zu sein gegenüber jeder Form des Extremismus. Haß und Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Mißachtung des anderen dürfen nie wieder eine Chance haben.

Mit großer Anteilnahme verfolgen wir die Entwicklung des Friedensprozesses zwischen dem Staat Israel und seinen Nachbarn. Es verdient Anerkennung, daß die Verantwortlichen konsequent an dem Ziel festhalten, die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Mit ihren Partnern in der Europäischen Union unterstützt und fördert die Bundesregierung die Friedensbemühungen im Nahen Osten. Ebenso setzt sie sich für einen weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Europäischen Union ein. Diese beiden Botschaften standen im Mittelpunkt meiner politischen Gespräche während meiner Reise nach Ägypten, Jordanien, Israel und in die palästinensischen Autonomiegebiete vor wenigen Monaten.

Auch das vor uns liegende Jahr wird uns vor wichtige Entscheidungen stellen. Als Bürgerinnen und Bürger dieser Republik müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten, im Geist der Hilfsbereitschaft und guter Nachbarschaft den äußeren wie den inneren Frieden sicherer zu machen. Ich bin zuversichtlich, daß uns dies mit vereinten Kräften gelingen wird. ■

Rita Süßmuth:

Wir verschleiern nicht, sondern legen nachvollziehbar offen

Was wir heute beraten, beschäftigt uns seit sechs Jahren. Seit 1989 haben sich zwei unabhängige Kommissionen mit dem Abgeordnetenrecht beschäftigt: die Leber-Kommission mit ihrem Bericht vom Juni 1990 und die Kissel-Kommission mit ihrem Bericht vom Juni 1993. Danach hat der Ältestenrat des Deutschen Bundestages die Neuregelung seit Beginn dieses Jahres in der Rechtsstellungskommission vorbereitet.

Was also soll an dem Paket, das wir heute verabschieden wollen, übereilt sein? Worin soll die „Nacht- und Nebelaktion“ bestehen, die uns von Teilen der Öffentlichkeit vorgeworfen wird.

Diese Reform ist gründlich vorbereitet. Nur wenige Fragen sind so lange im öffentlichen Streit gewesen wie die Abgeordnetenbezüge, nämlich im Grunde seit dem Verfassungsgerichtsurteil 1975 – lange genug.

Das Ihnen vorliegende Paket besteht aus drei Teilen: der Parlamentsreform, der Neuregelung des Abgeordnetenrechts und der Verkleinerung des Parlaments.

Erstens zur Verkleinerung. Der Bundestag hat bereits am 29. Juni dieses Jahres beschlossen, daß er ab der 15. Wahlperiode, also regulär ab dem Jahre 2002, um maximal 100 Abgeordnete auf unter 600 Mitglieder verkleinert wird, und zwar unter Beibehaltung des geltenden, bewährten Wahlrechts.

Noch in dieser Woche wird eine Kommission eingesetzt, die alle Fragen behandeln soll, die mit dem schwierigen Problem des Neuzuschnitts der Wahlkreise verbunden

sind. Diese Kommission legt ihren Bericht bis spätestens Frühjahr 1997 vor. Mit diesem Beschluß haben wir uns im Parlament selbst gebunden.

Ich halte also fest: Daß der Bundestag wesentlich verkleinert wird, ist beschlossene Sache; wie er verkleinert wird, ist nach Vorlage des Berichts der Kommission zu entscheiden.

Zweitens. Wir wollen eine Verbesserung unserer politischen Arbeit im Plenum und in den Ausschüssen. Wir wollen eine

Aus der Rede von Rita Süßmuth in der Bundestagsdebatte über die Abgeordnetenbezüge am 21. September

Verlebungigung, eine straffere Arbeit, wir wollen, daß die zentralen Fragen der Nation hier im Parlament debattiert werden, sind dazu auf den Donnerstag mit Kerndebattenzeiten gekommen, und wir wollen, daß die Arbeit der Ausschüsse öffentlich gemacht wird.

Also mehr Transparenz im Parlament, mehr Einsicht in die Alltagsarbeit der Parlamentarier und der Parlamentarierinnen.

Drittens. Wir schaffen eine neue Grundlage und einen neuen Orientierungsrahmen für die Abgeordnetenbezüge, weil sich die alte Regelung nicht bewährt hat. Dies geschieht einmal in der Verfassung selbst, durch Ergänzung von Art. 48

Abs. 3 des Grundgesetzes. Dort ist schon jetzt niedergelegt, daß die Abgeordneten Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung haben. Sie soll sich künftig an den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht orientieren. Diesen Satz wollen wir ergänzend in die Verfassung hineinnehmen.

Klare Begrenzung

Die nähere Ausgestaltung wird durch Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes geregelt. Damit wird klargestellt, daß auch diese Regelung in einem förmlichen Gesetzgebungsverfahren vor der Öffentlichkeit getroffen werden muß.

Als Anknüpfungspunkt wählen wir die Richterbesoldung nach der Gruppe R 6. Ich wiederhole: die Besoldung eines Richters, nicht – wie uns unterstellt – des Vorsitzenden Richters oder des Präsidenten eines Bundesgerichts. R 6 ist nicht R 8 oder R 10. Dieser Bezug ist eindeutig und eine klare Begrenzung; er kann nicht nach oben ausgelegt werden und steht eindeutig im Abgeordnetengesetz.

Die Ankoppelung der Abgeordnetenbezüge an die Richterbesoldung soll in sechs Stufen erfolgen. Sie beginnt rückwirkend zum 1. Januar 1995 und endet am 1. Januar 2000. Die einzelnen Stufen werden in das Abgeordnetengesetz aufgenommen und sind dort, jeweils bezogen auf das Richter Gehalt R 6, nachprüfbar. Mit dieser Bezugsgröße haben wir uns an die Maßgaben der Kessel-Kommission von 1993 gehalten. Der Beginn der ersten Erhöhungsstufe rückwirkend zum 1. Januar 1995 bedeutet, daß die nach diesem Datum erfolgte Besoldungserhöhung 1995 nicht darin enthalten ist.

Im Zusammenhang mit der abgestuften Ankoppelung an die Richterbesoldung

sind in den letzten Tagen abenteuerliche Zahlen genannt worden.

Lassen Sie mich klar feststellen: Dies sind trügerische Zahlenspielerien, die auf willkürlichen Annahmen beruhen. Sie ermitteln hypothetisch für das Jahr 2000 Berechnungsdaten, mit denen in der Öffentlichkeit massiv Stimmung gegen uns als Parlamentarier und Parlamentarierinnen gemacht wird.

Ein weiterer Bestandteil der Neuregelung ist die Kostenpauschale. Sie bleibt 1995 unverändert und wird künftig jährlich, erstmalig zum 1. Januar 1996, der Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten angepaßt. Nichts mit rückwirkenden Erhöhungen! Es bleibt bei der Pauschale, weil sie die wirtschaftlichste Form ist – ohne neuen bürokratischen Verwaltungsaufwand – und die sparsamste für den Steuerzahler.

Die abgestufte Erhöhung der Diäten bis zum Jahr 2000 wird von deutlichen Einschnitten bei der zukünftigen Altersentschädigung, nämlich minus 27 Prozent, und dem Übergangsgeld begleitet. Der Bezugszeitraum für das Übergangsgeld nach § 18 des Abgeordnetengesetzes wird halbiert. Ab dem vierten Monat nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag werden künftig alle anderweitigen Einkünfte angerechnet.

Höchstsatz reduziert

Die Struktur der Altersentschädigung wird verändert. Die jährliche Steigerungsrate wird auf 3 Prozent abgesenkt. Der Höchstsatz wird von 75 auf 69 Prozent reduziert und zukünftig nicht nach 18, sondern erst nach 23 Jahren Mitgliedschaft im Parlament erreicht.

Die Mindestaltersversorgung, die eine Mandatszeit von wenigstens acht Jahren

voraussetzt, wird künftig 24 statt bisher 35 Prozent der Monatsentschädigung betragen; bei zwölf Jahren werden es 36 statt bisher 51 Prozent sein.

Diejenigen Parlamentarier, die schon jetzt Ansprüche haben, genießen nicht wie allgemein üblich vollen Vertrauensschutz. Vielmehr wirkt sich die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge nur zu 50 Prozent auf die Altersversorgung aus. Von einer allgemeinen Erhöhung der Altersversorgung um 40 Prozent kann nicht die Rede sein.

Warum werden diese deutlichen Einschnitte bei der zukünftigen Altersversorgung und beim Übergangsgeld von Teilen der Öffentlichkeit verdreht oder ganz verschwiegen? Das geschieht, weil sonst das Bild vom geldgierigen Parlamentarier zusammenbräche.

Überzogene Angriffe

Bei der Vorbereitung dieser Debatte haben wir einseitige und überzogene Angriffe auf das Parlament erlebt wie selten zuvor. Kritiker werfen uns vor, wir wollten uns mit der Neuregelung einen Freibrief zur Selbstbedienung ohne Transparenz und ohne jede Kontrolle verschaffen. Das ist medienwirksam und bringt die Öffentlichkeit gegen uns auf.

Absurd finde ich den öffentlich erhobenen Vorwurf der Verschleierung unserer wahren Absichten und eines Verfassungsbruchs von Parlaments wegen. Diese Vorwürfe sind böswillig. Hier werden Tatsachen verdeckt und verschleiert, um Vorurteile, ja Falschurteile bewußt zu erzeugen, weil diese sich mit ihrer Polemik und Diffamierung besser vermarkten lassen.

Was ist die Absicht? Wozu dieses Feindbild, mit dem seit Jahren und immer wieder penetrant die Parlamentarier als „Selbstbediener“, „Absahner“, „Geldgei-

le“, nun auch als „Verfassungsbrecher“ und „Verschleierer“ heruntergemacht werden? Solche Anfeindungen ersticken jede Bereitschaft zur sachlichen und ehrlichen Auseinandersetzung bei unterschiedlichen Positionen. Der Demokratie dienen solche Vorgehensweisen, solche Unterstellungen nicht.

Vor aller Augen

Wir verschleiern nicht, sondern legen für jeden nachvollziehbar offen, wir brechen nicht die Verfassung, sondern schreiben präzise in die Verfassung, was dort bislang unbestimmt ausgedrückt worden ist.

Jahrzehntelang war streitig, was ein Abgeordneter verdienen soll. Um diese Auseinandersetzung zu beenden, wollen wir jetzt vor den Augen der Öffentlichkeit eine Grundsatzentscheidung in der Verfassung selbst treffen.

Auch die Ausfüllung dieses Orientierungsrahmens in den entsprechenden Bundesgesetzen vollzieht sich vor den Augen der Öffentlichkeit – Jahr für Jahr, wenn es sein muß, jeweils bei der Anpassung des maßgebenden Besoldungsrechts für die Bundesrichter. Darüber hinaus werden die entsprechenden Zahlen jährlich im Handbuch des Deutschen Bundestages – für jeden zugänglich – veröffentlicht.

Schon bei der erstmaligen Festsetzung der Diäten nach dem Verfassungsgerichtsurteil 1975 waren als Orientierungsmaßstab die Jahresbezüge eines hauptamtlichen Oberbürgermeisters in mittelgroßen Städten, d. h. 100.000 bis 250.000 Einwohner, zugrunde gelegt worden. Inzwischen sind wir weit dahinter zurückgefallen. Zu diesem Maßstab kehren wir mit der Richterbekanntmachung als Anknüpfungspunkt zurück. Die Verfassungsänderung ist keine Ausweitung des Grundgesetzes, sondern eine Konkretisierung, für jeden Bürger nach-

lesbar und vom Verfassungsgericht nachprüfbar.

Art. 48 der Verfassung gehört nicht zu dem von Art. 79 Abs. 3 geschützten änderungsfesten Kern des Grundgesetzes. Ebenso wenig ist das demokratische Prinzip durch die Änderung von Artikel 48 berührt. Wir entscheiden in dem dafür vorgesehenen Gesetzgebungsverfahren und haben dafür eine Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung aufzubringen. Dies zeigt, wie unberechtigt und abwegig der Vorwurf des Verfassungsbruchs gegen das Parlament ist.

Was unfreundliche Stimmen bei uns als Skandal bezeichnen, geschieht in über zwei Dritteln der westeuropäischen Demokratien, nämlich eine Bindung der Abgeordnetenlöhne an Gehälter des öffentlichen Dienstes. Dazu zählen Richter- und Beamtengehälter.

Keine neuen Aspekte

Auch der Gegenvorschlag, die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Löhne beim Bundespräsidenten, bringt keinen wirklich neuen Aspekt in die Diskussion.

Bei jeder Kommission, die eingesetzt wird, ist nichts gewonnen, wenn sie letztlich nur Empfehlungen ausspricht. Der Vorwurf der Selbstbedienung könnte dann immer wieder erhoben werden. Sollte dagegen eine Kommission mit ihrer Entscheidung das Parlament festlegen können, dann wäre ebenfalls eine Verfassungsänderung notwendig.

Vieles, was in diesen Tagen in der öffentlichen Diskussion zur Parlamentsreform gesagt wird, liegt neben der Sache, setzt uns in ein abträglicheres Licht und schürt mit erheblichem Anteil eine Neiddiskussion.

Was ich dieser Tage über das Gesetzgebungsverfahren gehört und gelesen habe – vom Durchpeitschen über Geldgier, Betrug bis hin zum Verfassungsbruch – hat mit den Vorlagen, die in der Rechtsstellungskommission, im Ältestenrat, in den Fraktionen und den Ausschüssen beraten wurden, kaum etwas zu tun.

Klar ist, daß wir den bislang durch nichts zu entkräftenden Vorwurf der Selbstbedienung für die Zukunft ein für allemal ausräumen wollen. Deshalb fasse ich zusammen: Wir verschleiern nichts, sondern schaffen Transparenz; wir ändern das Grundgesetz in einem offenen Verfahren; wir heben die Abgeordnetenentschädigung in sechs Stufen bis zur Jahrtausendwende an; wir reduzieren die zukünftige Altersversorgung; wir verkleinern das Parlament und strafen seine Arbeit.

Ich halte fest: Trotz der Mehraufwendungen für die Neuregelung der Abgeordnetenbezüge wird unser Parlament nach der Verkleinerung den Steuerzahler deutlich entlasten.

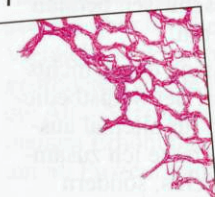
Wir haben die Reform gründlich beraten und durchdacht. Dabei gab es unterschiedliche Vorstellungen. Die Kritik, der wir dabei ausgesetzt waren und noch sind, ist nicht neu; wir haben uns seit Jahren mit ihr auseinandergesetzt. Trotzdem überraschen mich die Vehemenz und Wucht dieser Kritik, deren Hauptziel es ist, diese Reform um jeden Preis zu verhindern.

Entscheidungen treffen

Der Deutsche Bundestag hat sich der Kritik zu stellen, hat seine Entscheidungen zu begründen und transparent zu machen, aber er muß auch nach seiner Überzeugung und nach eingehenden Beratungen die notwendigen Entscheidungen treffen. Deshalb schlage ich Ihnen das Reformpaket heute in all seinen Teilen zur Annahme vor. ■

Materialien

der Frauen-Union



Frauen knüpfen Netze für die Zukunft

Bestell-Nr.
20. Bundesdelegiertentag der
Frauen-Union der CDU/CSU
13.-18. November 1995, Bonn

FU



Familienpolitik Vorfahrt für Familien

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

● Frauen knüpfen Netze für die Zukunft

Der gleichlaufende Beschluß vom 20. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union hat zum Ziel, die Vernetzung von Frauen und Fraueninitiativen zu fördern um die Kenntnis und Kompetenz der Frauen in einem Netzwerk zusammenzuführen.

Der Beschluß „Frauen knüpfen Netze für die Zukunft“ enthält viele Anregungen für die Arbeit der Frauen-Union, aber auch für die Zusammenarbeit mit Verbänden, Einzelpersonen und mit anderen Netzwerken.

Bestell-Nr.: 2963

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 18,- DM

● Vorfahrt für Familien

Bestell-Nr.: 2969

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 20,- DM

Ein Leitfaden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen



Politik weiblich -
Themen, Tips
und Fakten



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

● Politik weiblich – Themen, Tips und Fakten

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Die Gruppe der Frauen ist jedoch keine homogene Gruppe, sondern Frauen unterscheiden sich in ihren Lebenssituationen, in ihren Einstellungen, Interessen und vielem mehr. Der vorliegende Leitfaden zur Zielgruppenansprache soll Ihnen helfen, Lösungsansätze und Anregungen für die Vorbereitung Ihrer Aktionen vor Ort zu finden.

Bestell-Nr.: 4602

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 15,- DM

● Satzung der Frauen-Union

mit Beitragsregelung, Verfahrens- und Geschäftsordnung sowie mit den Adressen aller Landesgeschäftsstellen

Bestell-Nr.: 6613

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 11,70 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale von DM 5,- erhoben.

Wir kriegen nichts geschenkt.

← **DIESES GESCHENKPAPIER ÜBERN SIE ALLERDINGS ERHALTEN.**
Endlich ein Faltsort, mit dem Sie etwas anfangen können.



Die gute alte Zeit. Fragt sich nur für wen.

Erst seit 1900 dürfen Frauen an deutschen Universitäten studieren.

Heute sind Mädchen zahlenmäßig an allgemeinbildenden Schulen gleich stark vertreten wie Jungen. Mädchen erlangen aber merklich bessere Schulergebnisse und weisen bessere Durchschnittpunkte in den Abschlussprüfungen auf. 51,0% der Abbrunteren sind weiblich, jedoch nur 38,2% der Hochschulabsolventen sind Frauen.

Wir kriegen nichts geschenkt

Dieses Faltsort können Sie auch als Geschenkpapier verwenden.

Größe: 67 x 46 cm

Bestell-Nr.: 2812

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 20,- DM

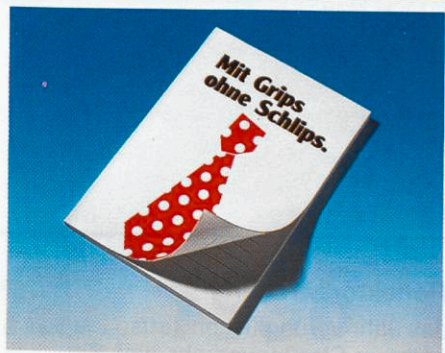


Fahrradschlüssel „Strickliesels Töchter“

Bestell-Nr.: 9808

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,- DM



Notizbuch der Frauen-Union

Bestell-Nr.: 9807

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 36,- DM

Mit Grips ohne Schlips.



Poster: Mit Grips ohne Schlips

Bestell-Nr.: 7722

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 16,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

● Reflektorbärchen

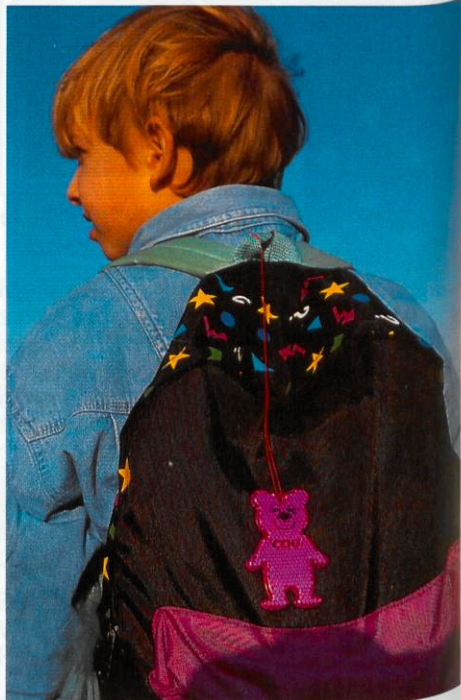
Jedes Jahr verunglücken Tausende von Kindern im Straßenverkehr, weil Sie oftmals im Dunkeln gar nicht oder viel zu spät gesehen werden. Die Reflektorbärchen sind hier ein nützliches Werbemittel und ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr. Jedes Bärchen wird mit einem Band mit Sicherheitsnadel geliefert und kann so bequem an Jacken, Mänteln oder auch an Schulranzen befestigt werden.

Bestell-Nr. 9558

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 34,90 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: 0 54 23/4 15 21



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UID

30/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~von~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.